

20.04.2021

Antrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Austausch schafft Freundschaft und Verständnis – ein Stipendienwerk/-programm zur Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich

I. Ausgangslage

Austausch, Auslandsaufenthalte und Reisen sind eine Bereicherung für interkulturelle und grenzüberschreitende Beziehungen. Das Erlernen von Fremdsprachen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im Ausland fördern gegenseitiges Verständnis sowie Weltoffenheit und beugen Ressentiments und Vorurteilen entscheidend vor.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und die Teilnahme an ihren Förderprogrammen ermöglicht eine Vielzahl an Strukturen und Fördermaßnahmen, die unter anderem zum Austausch und zur Mobilität in Bildung und Wissenschaft beitragen. Der Austausch zwischen Menschen aus unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten stärkt ihre interkulturellen Kompetenzen. Sie profitieren von der Vertiefung und dem Ausbau ihres Wissens und Erfahrungsschatzes. Zusammen mit der Verbesserung von Fremdsprachenkenntnissen bedeuten interkultureller Austausch und eine ausgedehnte Mobilität zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten eine deutliche Bereicherung für die persönliche und berufliche Entwicklung.

Insbesondere junge Menschen profitieren von Kontakt und Austausch während ihres Ausbildungsweges. Hier hebt sich vor allem die internationale Mobilität von Studierenden hervor: Deutschland war im Jahr 2017 hinter den USA, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland sowie Australien das beliebteste nicht-englischsprachige Gastland für ausländische Studierende. Gleichzeitig studierten rund 140.000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen. Demgegenüber waren im Studienjahr 2019/2020 rund 411.000 ausländische Studierende zu Gast in Deutschland. Besonders beliebt war ein Auslands(teil)studium in Österreich, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich oder der Schweiz.

Vor allem das Erasmus+-Programm der Europäischen Union bildet dabei den Kernbestandteil für Studierendenaustausch und Hochschulkooperationen in Europa. Durch die finanzielle und organisatorische Unterstützung des Programms haben zwischen 1987 und 2013 insgesamt mehr als drei Millionen junge Menschen die Möglichkeit erhalten, Auslandserfahrung im Rahmen ihrer Ausbildung zu sammeln und dadurch die Idee und die gelebte Realität eines geeinten und starken Europas erfahren zu dürfen.

Die besondere Bedeutung von Austauschmaßnahmen für Nordrhein-Westfalen wird u. a. an der Anzahl der Studierendenaustausche in das Vereinigte Königreich deutlich. Demnach lag Nordrhein-Westfalen im Jahr 2018 auf Rang drei. Während des ersten abgeschlossenen Aufrufs des Erasmus-Programms vom 1. Juni 2016 bis zum 31. Mai 2018 wurde der Aufenthalt von 901 Studierenden aus Nordrhein-Westfalen im Vereinigten Königreich gefördert. Zudem unterhalten laut der Plattform „Internationale Kontakte und Partnerschaften“ (ILKA) insgesamt 240 Schulen in Nordrhein-Westfalen Kooperationen mit dem Vereinigten Königreich, das damit nach Frankreich an zweiter Stelle steht.

Das Vereinigte Königreich hat sich im Zuge der Verhandlungen um die Beziehungen zur Europäischen Union nach dem Brexit dazu entschlossen, ab der neuen Programmgeneration 2021-2027 nicht länger am Erasmus+-Programm teilzunehmen. Der Ausstieg aus dem Erasmus+-Programm bedeutet für den künftigen Studierendenaustausch einen enormen Einschnitt. Somit werden sowohl Auslandsaufenthalte britischer Studierender und Auszubildender auf dem europäischen Festland, als auch europäischer Bürgerinnen und Bürger im Vereinigten Königreich nicht mehr finanziell über Erasmus+ förderfähig sein. Dies hat enorme zusätzliche Kosten für Studierende und Auszubildende zur Folge: So müssen beispielsweise Studierende aus der EU künftig ein Studierendenvisum in Höhe von 348 Pfund beantragen, sofern sie länger als sechs Monate an einer britischen Universität bleiben wollen. Um eine solche Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen, muss außerdem zunächst eine Zusage für einen Studienplatz eingereicht und nachgewiesen werden, dass ausreichende finanzielle Mittel für den Aufenthalt sowie gute Englischkenntnisse vorhanden sind. Die notwendigen finanziellen Mittel sind dabei erheblich: So zahlten EU-Bürgerinnen und -Bürger im Vereinigten Königreich vor dem Brexit die gleichen Studiengebühren wie Studierende aus dem Vereinigten Königreich (sogenannte „home fees“). In Schottland waren sie im Rahmen der Bachelor-Studiengänge sogar vollständig von Gebühren befreit. Sobald die Corona-bedingten Restmittel der Universitäten im Bereich Erasmus+ aufgebraucht sind, gelten für Studierende aus der EU ab September 2021 jedoch die gleichen Bedingungen wie für andere internationale Studierende: sie zahlen künftig die „overseas fees“, die in der Regel mindestens doppelt so hoch wie die „home fees“ ausfallen. Die Zusatzkosten allein dafür können sich auf 10.000 Euro oder mehr belaufen. Viele Studierende, vor allem aus sozioökonomisch schlechter gestellten Haushalten, werden es sich somit künftig nicht leisten können, ein Auslandssemester oder -aufenthalt im Vereinigten Königreich zu absolvieren. Besonders davon betroffen sein wird Deutschland, das mit 13.000 Studierenden die größte Bevölkerungsgruppe bei den Studierenden aus EU-Staaten im Vereinigten Königreich stellt. Auch auf britischer Seite werden die Auswirkungen zu spüren sein, denn rund 53 % der britischen Auslandsmobilität liefen zuletzt über das Erasmus+-Programm.

Darüber hinaus werden die Auswirkungen im Bereich der beruflichen Bildung deutlich zu spüren sein. Während Auslandssemester im Studium weit verbreitet sind, sind Auslandsaufenthalte in der Berufsbildung eher noch die Ausnahme; allerdings erhielt jeder zweite Auszubildende finanzielle Unterstützung über das Erasmus+-Programm, um Auslandserfahrung im Rahmen der Ausbildung sammeln zu können. 41 % der Lernenden im Ausland entschieden sich im Jahr 2018 außerdem für das Vereinigte Königreich als Zielland. Damit werden auch Auszubildende künftig von den höheren finanziellen und organisatorischen Hürden betroffen sein. Es bleibt offen, wie dem Wunsch vieler Auszubildender, die englische Sprache im Vereinigten Königreich im gewünschten Berufsfeld zu lernen, künftig hinreichend nachgekommen werden kann.

Nicht zuletzt sind gravierende Auswirkungen auf die engen kooperativen, partnerschaftlichen Beziehungen in der schulischen Bildung zu erwarten. Die zusätzlichen finanziellen und organisatorischen Hürden, unter anderem durch die Visa-Bestimmungen, werden die Durchführung von und die Teilnahme an Schulfahrten und -austauschen in das Vereinigte

Königreich erschweren. Hier ist zu befürchten, dass insbesondere Schülerinnen und Schüler aus sozioökonomisch schwächer gestellten Haushalten davon betroffen sein werden. Ebenso ist mittel- bis langfristig ein deutlicher Rückgang an bestehenden Schulpartnerschaften mit und Klassenfahrten in das Vereinigte Königreich nicht auszuschließen. Dies hätte besonders schwerwiegende Folgen für die kulturbezogenen und interkulturellen Bildungsmöglichkeiten junger Menschen sowie die Entwicklung junger Persönlichkeiten durch Weltoffenheit und Neugier. Austauschformate mit dem Vereinigten Königreich im Rahmen der schulischen Bildung haben vor allem vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der englischen Sprache als internationale Lingua franca einen hohen Stellenwert. Angesichts des erkennbaren Rückgangs des Fremdsprachenunterrichts im Vereinigten Königreich können jedoch auch britische Schülerinnen und Schüler enorm von internationalen Austauschprogrammen profitieren.

Bilaterale oder nationale Programme können zwar keinen gleichwertigen Ersatz für das Erasmus+-Programm darstellen. Gleichwohl gilt es, adäquate Strukturen zu schaffen, die künftig den gegenseitigen Austausch von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden fördern und finanziell unterstützen. Die britische Regierung hat bereits im Dezember 2020 das sogenannte Turing-Programm ins Leben gerufen, das ab September 2021 jährlich etwa 35.000 Studierenden aus dem Vereinigten Königreich weltweite Auslandsaufenthalte ermöglichen soll. Dafür hat die britische Regierung 100 Millionen Pfund zur Verfügung gestellt. Ausländische Studierende, die ins Vereinigte Königreich kommen, profitieren davon jedoch nicht.

Nordrhein-Westfalen und das Vereinigte Königreich teilen eine gemeinsame Geschichte. Die über Jahrzehnte gewachsenen, engen und freundschaftlichen Beziehungen feiern in diesem Jahr ihr 75-jähriges Jubiläum. Die NRW-Koalition von CDU und FDP spricht sich vor diesem Hintergrund für die Schaffung eines Stipendienwerks/-programms zur Aufrechterhaltung und Förderung der Austauschbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich aus. Das Stipendienwerk/-programm soll durch eine entsprechende Landesförderung sowohl Schülerinnen und Schülern als auch Studierenden und Auszubildenden eine attraktive Möglichkeit bieten, einen Auslandsaufenthalt im Vereinigten Königreich zu absolvieren. Gleichzeitig sollte es privatwirtschaftlichen Akteuren offenstehen, sich finanziell daran zu beteiligen. Ziel soll es sein, interkulturellen Austausch zu ermöglichen, Beziehungen und Partnerschaften aufrechtzuerhalten und dadurch die fachlichen, sozialen und kulturellen Kompetenzen junger Menschen zu erweitern. In diesem Zusammenhang ist es wünschenswert, wenn das Vereinigte Königreich seinerseits die Idee aufgreift und prüft, wie es britischen Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden ebenfalls finanzielle Anreize für Aufenthalte in Nordrhein-Westfalen bieten kann.

Für die NRW-Koalition steht außer Frage: Wer für eine Zeit im Ausland lebt, lernt nicht nur eine andere Sprache, sondern knüpft Kontakte fürs Leben und wird Teil einer internationalen Kultur. Deswegen setzt die NRW-Koalition mit dem Wunsch nach einem Stipendienwerk/-programm ein starkes Signal zur Aufrechterhaltung der engen und freundschaftlichen Beziehungen. Neben bereits bestehenden Initiativen der Landesregierung wie z. B. der Netzwerkstelle Städtepartnerschaften sollte der Aufbau eines Stipendienwerk/-programm weiter dazu beitragen, die Verbindungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft nach dem Brexit nicht abreißen zu lassen.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die historisch gewachsenen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Vereinigten Königreich sind und bleiben für Nordrhein-Westfalen von herausragender Bedeutung.
- Das EU-Förderprogramm Erasmus+ ist ein internationales Erfolgsprojekt. Nordrhein-Westfalen profitiert als attraktiver Hochschulstandort ebenso wie seine Bürgerinnen und Bürger in besonderer Weise davon.
- Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus dem Erasmus+-Programm bedeutet für die künftigen Austauschbeziehungen zum Vereinigten Königreich einen enormen Einschnitt. Finanzielle und organisatorische Anforderungen stellen hohe Hürden für die Fortführung von Austauschprogrammen dar. Es ist zu befürchten, dass vor allem Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende aus sozioökonomisch schwächer gestellten Haushalten davon betroffen sein werden, wenn keine alternative, adäquate Unterstützung angeboten wird.
- Die Aufrechterhaltung und Förderung eines engen Austausches zwischen nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden bietet einen wichtigen Ansatzpunkt, um die gegenseitigen Beziehungen aufrechtzuerhalten sowie gezielt und nachhaltig zu intensivieren.
- Insbesondere Austauschprogramme und Auslandsaufenthalte von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden sowie die damit verbundene Verbesserung der Sprachkenntnisse und die Erweiterung der interkulturellen Kompetenzen der Teilnehmenden tragen dazu bei, die grenzüberschreitenden Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern enger zu gestalten.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- unter Berücksichtigung der im Landeshaushalt zur Verfügung stehenden Mittel die Erarbeitung eines Konzepts zur dauerhaften Vergabe von Stipendien zu prüfen, das Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden mit Wohnsitz in Nordrhein-Westfalen einen Aufenthalt im Vereinigten Königreich ermöglicht;
- zu prüfen, ob seitens privatwirtschaftlicher Akteure Interesse an einer finanziellen Beteiligung am Stipendienwerk/-programm zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich besteht;
- Vertreterinnen und Vertreter der britischen Regierung in die Konzeptionierung einzubeziehen und gemeinsam zu erörtern, ob eine Beteiligung an der Finanzierung des Stipendienwerks/-programms möglich ist, um auch britischen Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen und zu fördern.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Dr. Marcus Optendrenk
Oliver Krauß
Dr. Stefan Nacke
Raphael Tigges

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Thomas Nüchel
Dietmar Brockes
Daniela Beihl
Franziska Müller-Rech

und Fraktion